

Migration und Flucht

Birgit Averbeck, Michaela Herchenhan und Jochen Schweitzer

Zusammenfassung

Der Artikel beschreibt, wie auf Basis systemischer Grundhaltungen die DGSF sich seit 2014, nochmals intensiviert seit 2017, sowohl durch praktische Unterstützungsangebote wie in Stellungnahmen für eine menschenfreundliche Flüchtlingspolitik eingesetzt hat. Ein Schwerpunkt liegt auf der Situation von Kindern und Jugendlichen. Aktuelle Tendenzen zur Kasernierung geflüchteter Menschen in Lagern werden kritisiert.

Schlagwörter

humanitäre Flüchtlingspolitik – Supervision für Unterstützerguppen für geflüchtete Menschen – geflüchtete Kinder- und Jugendliche – kasernierte Flüchtlingslager

Summary

Migration and flight

The article describes, how DGSF has engaged itself, based on basic systemic attitudes and values, for a humanitarian refugee politics, both by professional activities as by political statements. Our focus is on the situation of children and adolescents. Present day tendencies to place migrant families and individuals in closed camps are criticized.

Keywords

humanitarian refugee politics – case consultation for support groups for refugees – children and adolescents as refugees – closed refugee camps

1 Systemische Prämissen unserer gesellschaftspolitischen Arbeit

Wie bei anderen gesellschaftspolitischen Themen gehen wir auch beim Thema Migration und Flucht von folgenden Grundhaltungen aus: Unsere praktische beraterisch-therapeutische Arbeit verschafft uns vielfältige und konkrete gesellschaftspolitische Einblicke. Schon lange nehmen wir auch eine sozialpolitische Verantwortung in Form von unterschiedlichen »Einmischungen und Diskussionsbeiträgen« wahr. Neben unserer Wertebasis, festgeschrieben in Ethikrichtlinien und Grundsatzpapier, bietet der theoretische und philosophische Rahmen

des systemischen Verfahrens Prämissen, die uns auffordern, schädliche und menschenverachtende Entwicklungen in Politik, Sozial- und Gemeinschaftswesen anzuprangern. Dazu gehören (1) Wir haben ein Grundvertrauen in menschliche Fähigkeiten und Kräfte, die die Welt bereichern. (2) Wir unterstützen Lebensbedingungen, die solche Fähigkeiten und Kräfte sichern und wachsen lassen. (3) Wir haben Respekt vor der Andersartigkeit und Unterschiedlichkeit von Menschen und Kulturen und schätzen kulturelle Vielfalt. (4) Wir wollen eine respektvolle und zugewandte professionelle Kontaktbeziehung gestalten sowie transparente, von anderen nachvollziehbare und kontrollierbare Strukturen mitgestalten. (5) Wir lassen die inhaltlichen Entscheidungen für ihr eigenes Leben bei den Menschen, die mit uns arbeiten.

2 Diskussionen, Initiativen und Einmischungen seit 2014

Die Unterstützung und Begleitung von Menschen, die aus ihren Heimatländern geflohen sind, war und ist schon immer Teil des Arbeitsalltags von vielen DGSF Mitgliedern gewesen. Zwischen 1990 und 1995 waren die Adressaten oftmals Geflüchtete aus dem ehemaligen Jugoslawien und aus Afghanistan. Durch die Ausweitung der Kriege in den vorderasiatischen und nordafrikanischen Ländern rückte ab 2014, mit Höhepunkt 2015, dieser Arbeitskontext berufspolitisch und inhaltlich wieder sehr in den Vordergrund. Wir haben 2014 einen »Supervisor/innenpool« für ehren- und hauptamtliche Helfer/innen, die Familien und Einzelne mit Fluchthintergrund unterstützen, initiiert. Dort haben sich circa 70 systemische Supervisor/innen und Coaches eingetragen, die zum Teil von Kommunen, Einrichtungen etc. Aufträge bekommen haben. Auf den DGSF-Jahrestagungen 2016 und 2017 trafen sich Kolleg/innen aus dem Supervisor/innenpool mit anderen Interessenten zu einem kollegialen inhaltlichen Austausch.

Dem folgten dann ab 2015 vermehrt fachliche und allgemeinpolitische Stellungnahmen der DGSF, unter anderem zur Offenhaltung der Balkanroute (<https://www.dgsf.org/themen/stellungnahmen-1/stellungnahme-integration-fluechtlinge>), zur Solidarität mit griechischen Kollegen angesichts der »Dublin-Praxis« der Nichtübernahme in Griechenland gestrandeter Flüchtlinge durch andere EU-Länder (<https://www.dgsf.org/themen/stellungnahmen-1/solidaritaetsbekundung-der-dgsf-gegenueber-der-efta>), zu traumapädagogischen Fragen (<https://www.dgsf.org/themen/stellungnahmen>) und andere. Darüber hinaus wurden zwei Tage vor der relevanten Bundestagssitzung 2017 alle Ministerpräsidenten von Seiten der DGSF zum Jugendhilfanspruch unbegleiteter Minderjähriger angeschrieben.

Auf den Jahrestagungen 2016 und 2017 traten wir in Erfahrungsaustausch mit NGOs wie Medico International, Pro Asyl, ATTAC und Refugio München. Diese Diskussionen führten über das Thema »Geflüchtete in Deutschland« hinaus

zur Beschäftigung mit der Lage Flüchtender unter anderem in Griechenland und im Mittelmeer. Ein Aufruf 2016 zu Spenden für ein von Flüchtlingen selbstverwaltetes Hotel »City Plaza« in der Athener Innenstadt, und ein Werben 2017 um systemische Supervisoren für das Briefing und Debriefing von Besatzungen von Rettungsschiffen (ResQship) für Geflüchtete vor der libyschen Küste entwickelten sich aus Tagungsveranstaltungen.

Wir haben versucht, konkrete Unterstützungsmaßnahmen und das politische Eintreten für eine offene und professionell gut gemachte Aufnahme geflüchteter Menschen zu verbinden. Inzwischen hat sich die fachliche Arbeit mit Geflüchteten vielerorts erfolgreich professionalisiert. Sie hat auch zeitweise die Arbeitsmarktangebot für arbeitssuchende psychosoziale Fachkräfte außerordentlich verbessert. Durch die Rechtsrucke in nationalen Wahlen, oft mit fremdenfeindlicher Prägung in vielen europäischen Ländern, in nicht geringem Ausmaße auch in Deutschland, sicher zudem auch durch die »Mühen der Ebenen« in der Integrationsarbeit mit Geflüchteten, ist das optimistische Eintreten für eine liberale und humane Flüchtlingspolitik inzwischen deutlich schwerer geworden. Wer sich für Geflüchtete engagiert, wird 2018 nicht mehr so häufig als Heldin oder Held gefeiert wie 2015 oder 2016; neue Freiwillige melden sich seltener; auch das Spendenaufkommen von Helferorganisationen soll zurückgegangen sein. Wie kann sich die DGSF auf diese veränderte Situation einstellen?

3 Migration und Flucht von Kindern und Jugendlichen: Ein Auftrag zur politischen Positionierung der DGSF

Weltweit sind zurzeit circa 65,6 Millionen Menschen auf der Flucht, so viele wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Über die Hälfte sind Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Bericht UN-Flüchtlingshilfe). Deutschland, als viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt, hat seit dem Jahr 2015 mit rund 1,4 Millionen nur circa 2 % dieser Menschen aufgenommen.

Kriege, Krisen, Armut und Perspektivlosigkeit, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen veranlassen Menschen, ihre Heimat zu verlassen, um in Deutschland und Europa ein Leben im Frieden führen zu können. Ungefähr 45 % der 2017 nach Deutschland geflüchteten Menschen sind begleitete sowie unbegleitete Kinder und Jugendliche. Die große Mehrzahl diese Gruppe ist vier Jahre und jünger (BAMF, 2017). Die meisten Kinder und Jugendlichen flüchten mit ihren Eltern, anderen Familienangehörigen oder ihnen zumindest bekannten Personen aus dem sozialen Umfeld der Familie im Heimatland.

Ein großer Teil der circa 13.000 allein reisenden jungen Menschen (BAMF, Stand 09.2016) sind von ihren Eltern in der Hoffnung auf ein besseres Leben und aus Angst vor dem Militär beziehungsweise dem Einsatz als Kindersoldaten auf

die Reise geschickt worden. Einige sind auf der Flucht aus Kriegsgebieten unter dramatischen Bedingungen von ihren Familien getrennt worden. Seit 2017 sind die Zahlen aufgrund der restriktiven europäischen Außenpolitik, nicht wegen besserer Lebensbedingungen in den Herkunftsländern, deutlich zurückgegangen.

Viele Mitglieder der DGSF arbeiten als Sozialarbeiter/innen, systemische Berater/innen, Therapeut/innen, Psycholog/innen und Ärzt/innen in den unterschiedlichen Kontexten der Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie und erleben die psychischen und physischen Folgen der Flucht dieser jungen Menschen in ihrer täglichen Arbeit. Ich selbst (Birgit Averbeck) habe in meiner Arbeit im Jugenddezernat der Stadt Dortmund und als Supervisorin von Fachkräften in Kinderheimen, Wohngruppen und Massenunterkünften 2015/16 viele furchtbare Einzelschicksale erfahren und destruktive Bewältigungsstrategien von Kindern und Jugendlichen erlebt.

Die DGSF hat sich insbesondere seit 2015 politisch für eine humanitäre europäische Flüchtlingspolitik und eine offene Integrationspolitik in Deutschland eingesetzt. Im Kontext der Jugendhilfe wurden über einige Mitgliedsinstitute der DGSF und der SG gezielte themenspezifische Fort- und Weiterbildungen mit traumapädagogischen Inhalten für Fachkräfte in Einrichtungen, Kitas und Schulen durchgeführt. Am 25. Juni 2016, mitten in der sogenannten Flüchtlingskrise, hat beispielsweise ein großes systemisches Weiterbildungsinstitut gemeinsam mit der Stadt Dortmund einen Erste-Hilfe-Fachtag »Flucht, Trauma und Resilienz« für diese Fachkräfte in Hamm mit sehr großer Resonanz durchgeführt.

Mit Blick auf die Situation der geflüchteten Kinder und Jugendlichen und die populistischen Strebungen von europäischen Regierungen und einigen deutschen Politikern, die jungen allein reisenden Menschen pauschal zu marginalisieren und zu kriminalisieren, hat die DGSF aus unserer Sicht die Pflicht, deutlich Stellung zu beziehen. Sie muss sich unserer Meinung nach als Fachverband engagiert für eine humanitäre familienbezogene Flüchtlingspolitik und die Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention auch für Flüchtlingskinder in Deutschland und Europa einsetzen.

Seit Anfang 2017 hat die DGSF vermehrt zu kritischen jugendpolitischen Entwicklungen für geflüchtete Kinder, Jugendliche und junge Menschen Stellung bezogen, in dem Positionierungen von Bundesfachverbänden in Rückkoppelung mit dem Vorstand öffentlich auf der Homepage der DGSF unterstützt wurden. Es handelt sich in chronologischer Reihenfolge um folgende Aktionen und Themen.

Schreiben der DGSF zwei Tage vor der Bundestagssitzung im Juli 2017 an alle Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Länderöffnungsklausel im Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG). Der Entwurf des KJSG sieht vor, den Bundesländern die Möglichkeit zu geben, bei jungen Geflüchteten die Kostenerstattung zu verweigern, wenn keine Rahmenverträge abgeschlossen wur-

den. Damit wird bei den Leistungsvereinbarungen eine Unterscheidung zwischen jungen Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit und jungen Menschen mit ausländischer Staatsbürgerschaft, die ohne Eltern nach Deutschland einreisen, geschaffen. Eine solche Differenzierung von Leistungen der Jugendhilfe würde bedeuten, dass nicht mehr der individuelle Bedarf eines Jugendlichen über Hilfen entscheidet, sondern vorrangig seine Staatsbürgerschaft. Mit dem Brief an die Ministerpräsident/innen hat die DGSF einen eindringlichen Appell formuliert, die vorgesehene Länderöffnungsklausel und die damit verbundene Gefahr einer Diskriminierung junger geflüchteter Menschen nicht umzusetzen.

Dezember 2017: Stellungnahme von Fachverbänden »Abschiebungen junger Flüchtlinge nach Afghanistan stoppen«. Die DGSF unterstützt öffentlich auf ihrer Homepage die gemeinsame Stellungnahme »Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Perspektiven für junge Geflüchtete schaffen« des Bundesfachverbands unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge e. V. (BumF), der Diakonie Deutschland, der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen e. V. (IGfH) und des Kompetenzzentrums Pflegekinder. Hier die Stellungnahme der Verbände: https://www.dijuf.de/tl_files/downloads/2017/Stellungnahme_Keine_Abschiebung_nach_Afghanistan!_Perspektiven_fuer_junge_Gefluechtete_schaffen!.pdf

April 2018: Massive Kritik gegen Methoden zur Altersfeststellung bei unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten auf der bundespolitischen Fachebene. Die DGSF unterstützt die Stellungnahme von Organisationen und Verbänden gegen Vorschläge einer Gesetzesänderung zur Festschreibung verlässlicher Methoden zur Altersfeststellung unbegleiteter minderjähriger geflüchteter Menschen. Darunter fallen ein verstärkter Einsatz von medizinischen Methoden zur Alterseinschätzung sowie diverse Vorprüfverfahren, die das Primat der Kinder- und Jugendhilfe bei unbegleiteten Minderjährigen infrage stellen. Das Hauptziel von Alterseinschätzungsverfahren muss der Schutz von Minderjährigen sein. Zudem wird deutlich formuliert, dass die jugendhilferechtliche Alterseinschätzung in keinem sachlichen Kontext zu Fragen der Kriminalitätsaufklärung und -prävention steht. Die Stellungnahme der Verbände finden Sie unter http://www.ippnw.de/commonFiles/pdfs/Soziale_Verantwortung/Stellungnahme_Altersfeststellung_13_03_2018.pdf

Mai und August 2018: Stellungnahme von Verbänden gegen AnKER-Zentren wird von DGSF unterstützt und eigene Positionierung veröffentlicht. In einem gemeinsamen offenen Brief an die Städte und Gemeinden sowie das Innen- und das Familienministerium fordern mehrere Verbände die umfassende Berücksichtigung der Rechte von Kindern und Jugendlichen im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention bei der Debatte um die Etablierung sogenannter AnKER-Einrichtungen. Aufgrund der bekannt gewordenen Pläne steht fest: Die AnKER-Einrichtungen sind keine

geeignete Orte für Kinder und Jugendliche! Die Unterbringung von Kindern in großen Sammelunterkünften gefährdet das Wohl der dort lebenden Kinder und verletzt elementare Rechte von Minderjährigen. Die DGSF unterstützt die fachlichen und politischen Forderungen der Verbände vollumfänglich und hat sich mit einem eigenen Beitrag und konkreten Forderungen im August 2018 deutlich gegen AnKER-Zentren als Lebensorte für Kinder und Jugendliche ausgesprochen: <https://www.dgsf.org/themen/stellungnahmen-1/positionspapier-anker-zentren>

Den offenen Brief der Verbände finden Sie hier: https://www.agj.de/fileadmin/files/pressemitteilungen/AnschiebenAnKERKommunen_24052018_ALLE_LOGOS.pdf.

Juni 2018: DGSF unterstützt die Initiative der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Familienorganisationen (AGF) zum Familiennachzug. Auf Initiative der AGF haben mehrere Organisationen in einem gemeinsamen Brief an die Abgeordneten sowie an die Bundesminister des Inneren und für Familie anlässlich der Beratungen des Gesetzentwurfes zum Familiennachzug im Bundestag und Bundesrat am 11. Juni ihre Sorge über den aktuellen Gesetzesvorschlag zum Familiennachzug von Geflüchteten mit subsidiärem Schutz ausgedrückt. Dieser sieht eine neuerliche erhebliche Einschränkung des Familiennachzugs vor, mit Ausnahmen lediglich aus humanitären Gründen und nur für ein schmales Kontingent von Angehörigen. Die damit verbundene Trennung von Jugendlichen und ihren Eltern, Ehepaaren und Familien ist auf lange Dauer nicht hinnehmbar. Hier weitere Informationen: https://www.ag-familie.de/news/1528730418PMFamliennachzug_Brief.html

4 Und nun? Keine guten Aussichten für geflüchtete Kinder und Jugendliche in Deutschland

Wir leben in einem Europa, in dem im Sommer 2018 Flüchtlingsschiffe keinen Hafen in der EU mehr finden, der sie aufnimmt. Werden Einsätze von NGOs zur Rettung von Erwachsenen und Kindern in Seenot verboten, nimmt man bewusst deren Tod in Kauf. Geflüchtete Kinder leben vermehrt in dem Bewusstsein, aufgrund ihrer Religion, ihrer Nationalität oder der Zustände in ihrem Heimatland pauschal diskriminiert und kriminalisiert zu werden.

Flüchtlingslager werden im Sommer 2018 perspektivisch nicht mehr als humanitäre Notbehelfe angesehen, sondern zunehmend als *die* politische Lösung zur Abschottung vor und Abschiebung von illegal einreisenden Menschen legitimiert und in vielen Ländern ausgebaut. Da es kaum noch Möglichkeiten einer legalen Einreise nach Europa gibt, besitzen immer mehr Menschen aus bestimmten afrikanischen und arabischen Ländern den Status »illegal«. Es droht, dass sie immer

mehr und immer länger in abgeriegelten Lagern bis zur Klärung ihres ausländerrechtlichen Status und ihrer im Regelfall angestrebten Abschiebung leben.

Auch in Deutschland ist im Sommer 2018 für geflüchtete Menschen, darunter viele Kinder mit ihren Familien und allein reisende junge Menschen, ein verbindlicher Aufenthalt in »AnkER«-, »Transit«- oder anderen Zentren mit dem Charakter geschlossener Lager, je nach Bundesland Realität oder in konkreter Planung. Der Ausbau von AnkER-Zentren in allen Bundesländern ist im Koalitionsvertrag der Bundesregierung festgeschrieben, die ersten sieben AnkER-Zentren sind im August 2018 in Bayern eröffnet worden. Schulische Bildung, Spielmöglichkeiten und weitere existenzielle Bedingungen für eine gesunde Entwicklung scheint für Kinder und Jugendliche in den Transitzentren nicht vorgesehen, da die Menschen dort nur eine kurze Zeit verbringen sollen. In den AnkER-Zentren, in denen die Menschen über Monate leben, sollen die Kinder in Lagerschulen, und bewusst nicht integrativ nicht in den örtlichen Regelschulen, beschult werden. Da die verwaltungsorganisatorischen Bedingungen zur Bearbeitung von Asylanträgen in Deutschland oft schwierig sind und die Verfahren sich lange hinziehen, kann das eine monatelange Kasernierung von hoffnungs- und perspektivlosen Menschen, Erwachsenen und Kindern auf engem Raum, bedeuten.

»Der Aufenthalt in der Erstaufnahme macht Kinder krank. Viele von ihnen haben ihre Kindheit in Lagern verbracht – in der Türkei, im Sudan, in Libyen, in Griechenland, im Libanon. Sie hoffen auf Schule, ein Zuhause und Sicherheit. Was sie dann in Deutschland erwartet, sind neue Lager mit Stacheldraht«, berichtet Jibran Khalil, Mitglied der Initiative Jugendliche ohne Grenzen, der eigene Erfahrungen im Erstaufnahmelager in Eisenhüttenstadt (Brandenburg) gemacht hat (Quelle: <https://www.proasyl.de/pressemitteilung/geplante-ankerzentren-verletzen-elementare-rechte-von-minderjaehrigen>). Ein böser Schelm, der an vergangene deutsche und europäische Erfahrungen mit kontrollierten Lagern denkt. Die Menschen in diesen Lagern werden aus systemischer Sicht gute Gründe haben, sich nicht an die ihnen dort auferlegten Regeln zu halten.

Die Bundesregierung hat beschlossen, in dieser Legislaturperiode die Kinderrechte in das Grundgesetz aufzunehmen. Diese Grundrechte auf Schutz, Bildung und Beteiligung müssen für alle Kinder, unabhängig von ihrem ausländerrechtlichen Status, in Deutschland gelten.

Erschreckend ist, dass das dargestellte furchtbare Szenario politisch als weltweite Abschreckungskampagne gewollt ist, obwohl es der Europäischen Menschenrechtskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention widerspricht.

Die DGSF sollte sich aus unserer Sicht als systemischer Fachverband deutlich gegen restriktive politischen Bestrebungen positionieren, die möglichen Auswirkungen dieser Politik sowohl auf die geflüchteten Menschen – Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen – als auch auf unsere demokratische Gesellschaft und

unsere Werte fokussieren und sich für eine humanitäre und integrative Flüchtlingspolitik in Deutschland einsetzen.

Korrespondenzadressen:

Birgit Averbeck, DGFSF – Deutsche Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie e. V., Jakordenstraße 23, 50668 Köln; E-Mail: averbeck@dgsf.org

Michaela Herchenhan, Praxis für Familie und System, Röthenäckerstraße 8, 91086 Aurachtal; E-Mail: herchenhan.familieundsystem@t-online.de

Prof. Dr. Jochen Schweitzer, Institut für Medizinische Psychologie im Zentrum für Psychosoziale Medizin des Universitätsklinikums Heidelberg, Bergheimer Str. 20, 69115 Heidelberg;

E-Mail: Jochen.Schweitzer-Rothers@med.uni-heidelberg.de